

Jahresbericht des Superintendenten

zur Herbstsynode am 9. November 2002

- gemäß Artikel 162 Abs. 2 KO -

Hohe Synode,

gegen „Miles and more“, „der oder ich“ hatten es andere Themen im Wahlkampf schwer. Einige fielen ziemlich weit hinten runter. Sie werden uns dennoch beschäftigen müssen, und zwar bald. Zum Beispiel dieses: „Die Pflege, so wie sie jetzt in unserem Land organisiert ist, steht vor einem Kollaps. Schon jetzt kommt es zu Situationen, die weder für die Pflegebedürftigen, noch für deren Angehörige und auch nicht für die Pflegekräfte auf Dauer zu ertragen sind. Es ist absehbar, dass in Zukunft – wenn die Zahl der Pflegebedürftigen weiter gestiegen sein wird – eine angemessene, am christlichen Menschenbild orientierte Pflege nicht mehr möglich sein wird. Deshalb erheben wir heute unsere Stimme, stellvertretend für die Pflegebedürftigen, ihre Angehörigen und die Pflegekräfte. Wir bitten Sie um Unterstützung. Sprechen Sie dieses Thema an.“ So schreibt es Dr. Peter Steinacker, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, an den Fraktionsvorsitzenden der SPD im rheinland-pfälzischen Landtag, Herrn Mertes, erläuternd zu einer Kampagne der Hessen-Nassauischen Kirche, die als „Hilfeschrei für das gegenwärtige Pflegesystem in die Gesellschaft“ getragen werden soll. Die Situation ist ernst. Manche sagen, sie ist dramatisch.

Nach dem Vierten Altenbericht der Bundesregierung vom April 2002 leben zur Zeit in Deutschland 2,9 Millionen hochbetagte Menschen, die 80 Jahre oder älter sind; in 20 Jahren werden es 5,1 Millionen sein. Zur Zeit leiden ca. 900.000 Menschen an einer mittelschweren oder schweren Demenz, 2/3 davon an der Alzheimer Krankheit. Bis zum Jahr 2020 werde ihre Zahl voraussichtlich auf 1,4 Millionen steigen. Auf dem Welt

Altengipfel in Madrid war die Rede vom „Agequake“, also vom Altersbeben. Doch die derzeitigen Rahmenbedingungen genügen jetzt schon nicht den Anforderungen, geschweige denn, dass sie in der Lage wären, den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen einigermaßen angemessen zu begegnen.

„Rationierung und Kürzung von Leistungen im Gesundheitswesen stellen die Grundlagen einer menschenwürdigen Pflege immer mehr in Frage“. „Die Ökonomisierung des sozialen Sektors und die Einführung des sogenannten ‚Pflegetmarkts‘ haben nicht zur Lösung, sondern zur Verschärfung der Probleme in der Pflege geführt“. Nicht mehr der wirkliche Betreuungs- und Pflegeaufwand steht im Vordergrund, sondern die Frage des wirtschaftlich vertretbaren Personaleinsatzes (Nach: Pflege am Ende oder vor der Wende; Thesen zur Pflege, hrsg. vom Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, 2002).

Der Pflegeversicherung – vor 7 Jahren angetreten, finanzielle Sicherheit und Unabhängigkeit von der Sozialhilfe im Falle einer Pflegebedürftigkeit zu bieten – wurde von der Politik statt einer Orientierung am Bedarf als oberste Priorität Beitragsstabilität verordnet. So sind die gesetzlichen Leistungen der Pflegeversicherung seit 1995 gleich geblieben, obwohl die Kosten gestiegen sind. Die Kostenträger ihrerseits versuchen, immer mehr Leistungen in den Pflegebereich und mithin in die Pflegeversicherung abzuschieben und verfahren zunehmend restriktiv in der Genehmigung von notwendigen Leistungen.

Die Zahl der Schwer- und Schwerstpflegebedürftigen in den Pflegeheimen ist seit 1994 auf dem Papier um mehr als 1/3 zurückgegangen. Umgekehrt wurde über die veränderte Praxis der Pflegeeinstufung ein schleicher Personalabbau in Gang gesetzt. Ein durchschnittliches Pflegeheim mit 100 Plätzen hat heute in der Regel 10 % weniger Personal für Pflege und Betreuung als 1994 (s. o., Seite 4). Das ist nicht zuletzt Folge der Praxis des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK), der

im Auftrag der Pflegekassen durchaus interessegeleitet und einseitig festlegt, in welche Pflegestufe einzugruppiert ist. Dazu kommt, dass sich der Aufwand für Verwaltung und Dokumentation enorm erhöht hat. Ambulante Dienste müssen zum Beispiel detailliert die einzelnen ausgeführten Pflegeleistungen notieren und so nachweisen. Die Pflegekassen haben ihr Verwaltungspersonal in den letzten Jahren um 50 % aufgestockt, während die Pflegedienste diese Leistung zusätzlich erbringen mussten.

Bei all dem geraten diejenigen, um die es eigentlich geht, die Pflegebedürftigen, leicht an den Rand. Sie erscheinen nur mehr als ein Kostenfaktor. Und hier spätestens müssten sämtliche Alarmglocken zu läuten anfangen, denn: wird aus wirtschaftlichen Gründen die Würde des Menschen gemindert, ist die Humanität dieser Gesellschaft insgesamt bedroht. Und deshalb haben wir es hier mit einem zentralen gesamtgesellschaftlichen Problem zu tun.

Wenn dem so ist, muss die erste Forderung, die zu stellen ist, lauten: Wir brauchen eine öffentliche Diskussion über die Grundlagen für eine menschenwürdige Pflege und Betreuung und mithin über den Umfang und die Finanzierung einer angemessenen Pflege. Es ist schon bemerkenswert, dass in jeder Nachrichtensendung ausführlich berichtet wird über das tägliche Auf und Ab der Indizes am Aktienmarkt. Das scheint wichtig.

Fragen der Pflege finden dagegen oft nur dann mediale Aufmerksamkeit, wenn über festgestellte oder vermeintliche Pflegeskandale zu berichten ist, oder wieder einmal Forderungen nach Umbau der Sozialsysteme zur Reduzierung von Kosten laut werden. Das darf nicht so bleiben, und deshalb: „Wir müssen gemeinsam gegen die drohende Tyrannei der Ökonomie angehen ... und einander Mut machen, damit die Würde des Menschen nicht zur Bonität nach der Definition der Banken verkommt.“ (Vizepräsident Nikolaus Schneider, Vortrag Kreissynode Dinslaken, 12.11.1999)

Die geforderte öffentliche Debatte muss allerdings unbedingt begleitet werden durch eine Diskussion unter uns. Wo sind wir gefordert? Wie sind wir gefordert? Welche Konsequenzen haben wir zu ziehen? Was haben wir vielleicht versäumt bzw. zugelassen?

Einige unter uns werden sich noch an die Auseinandersetzungen um die flächendeckende Errichtung von Sozialstationen in unserem Land vor mehr als 25 Jahren erinnern. Die Skepsis damals war groß bei Kirchengemeinden und besonders den Gemeindeschwestern. Manche Befürchtung ist wahr geworden. Doch es gab damals und es gibt heute keine Alternative. Aus eigener Kraft hätten die Kirchengemeinden den Dienst nicht aufrecht erhalten können und schon gar nicht ausweiten können, auch wenn es unsere Grundüberzeugung ist und bleibt, dass die Sorge, auch und gerade die körperliche Sorge für den Bedürftigen originär zum kirchlichen Auftrag dazugehört. Kirche kann sich aus diesem Bereich der tätigen Verkündigung nicht zurück ziehen.

Ich frage: Ist das noch Konsens unter uns?

Ich beobachte mit Sorge eine fortschreitende Entfremdung zwischen den Kirchengemeinden und ihren Einrichtungen, seien es im ambulanten Bereich die Sozialstationen, seien es im stationären Bereich die Pflegeheime.

Auch wenn zu betonen ist, dass es verschiedentlich nicht hoch genug zu veranschlagende Bemühungen gibt – sei es durch einen Besuchsdienst, sei es durch Gottesdienst und Seelsorge - in den Häusern der Diakonie präsent zu sein, kann dies nicht darüber hinweg täuschen, dass der Pflegebereich nicht nur organisatorisch von den Gemeinden ausgegliedert worden ist, sondern oft ebenso aus dem Bewusstsein ausgelagert ist. Die Gründe sind sicherlich vielschichtig, und mir geht es hier nicht um Schuldzuweisungen von der einen zur andern Seite. Ich plädiere aber für eine stärkere Verankerung und Bewusstseinsbildung dieser Arbeit in

unseren Gemeinden, gerade auch unter den erschwerten äußeren ökonomischen Bedingungen.

Den Königsweg zwischen ökonomischen Zwängen und diakonischem Auftrag gibt es nicht. Wir leben auf der Grenze zwischen dem, was noch gerade ethisch zu verantworten ist gegenüber Pflegebedürftigen und denen, die die Pflege leisten einerseits und dem, was wirtschaftlich notwendig ist andererseits. Damit hier die Dinge nicht noch weiter aus dem Lot geraten, brauchen wir die öffentliche Diskussion und den Protest gegen ein Preisdiktat, das zu Lasten der Beschäftigten und der Bedürftigen geht und die Schraube der zu Recht geforderten Wirtschaftlichkeit der zu erbringenden Leistungen inzwischen weit überdreht hat.

Nur, eins steht für mich fest:

Wir stecken mitten drin und können deshalb nicht weglaufen, oder wir verlören jede Möglichkeit der Mitgestaltung bzw. würden denen das Feld überlassen, die allein am Profit orientiert sind.

Wollen wir das? Können wir das zulassen? Ich sage für mich: Nein! Und deshalb muss dieses Thema in die öffentliche Diskussion und muss ebenso auf die Tagesordnung in den Gemeinden, nicht zuletzt auch unter der Fragestellung: Was bringen wir als Kirchengemeinden ein an Mitdenken, an Einsatz und Einmischung?

Vom diakonischen Auftrag und dem notwendigen diakonischen Profil der Einrichtungen wird nur dann angemessen zu reden sein, wenn diese Fragen vor Ort gestellt und beantwortet werden.

2.

Wir tun uns schwer mit Reformen und Anpassungen an das Notwendige. Das ist bei uns so und das ist bei andern nicht anders. Aber weil es bei uns auch so ist, sollte uns das bescheiden machen, wenn wir die – sehr wohl notwendigen – kritischen Anfragen stellen.

2.1 Da ist zunächst von dem Projekt zu berichten, die Evangelische Kirche der Union (EKU), umzuwandeln in die UEK, die Union Evangelischer Kirchen mit dem Ziel einer Stärkung der EKD. Die ist – wir erinnern uns – nicht einmal Kirche im strengen Sinne, sondern nur ein Zusammenschluss von Kirchen.

Die Evangelische Kirche der Union war zu Zeiten der Spaltung Deutschlands und des Kalten Krieges die einzige größere Organisation, die Ost und West zugleich umfasste. Sie hat damals wichtige Funktionen erfüllt, die sie nach der Vereinigung teilweise verloren hat. Deshalb ist gut und richtig, dass nunmehr über die Strukturen nachgedacht wird und – wenn nicht die Auflösung, so doch die Umwandlung angestrebt wird.

Ein erstes Etappenziel ist die Gründung der UEK, der Zusammenschluss der 16 Landeskirchen, die nicht der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, (VELKD) angehören. Die Zusammenarbeit dieser 16 Landeskirchen hat Tradition; sie geschah bisher unter dem Namen „Arnoldshainer Konferenz“. Mit der Fusion von EKU und Arnoldshainer Konferenz zur UEK soll zukünftig Doppelarbeit vermieden und die komplizierte evangelische Kirchenstruktur vereinfacht werden. Die UEK soll wieder aufgelöst werden, wenn eine angestrebte, verbindlichere Gemeinschaft der 24 Landeskirchen in der EKD erreicht ist.

Wermutstropfen der Reform ist: die uns bekannte synodale Struktur für den Entscheidungsprozess ist bei der UEK nicht vorgesehen. Es wird nur eine Konferenz der Kirchenleitungen geben. Deshalb darf die UEK nicht den Endpunkt einer Strukturreform bezeichnen, sondern nur ihren ersten Schritt.

Ziel muss die Stärkung der EKD sein, um dem Protestantismus in Deutschland in der Öffentlichkeit eine deutlichere Stimme verleihen zu können. Im übrigen sollen die verschiedenen konfessionellen Ausprägungen und Traditionen, die auch in den verschiedenen kon-

fessionellen Bünden sich äußern, durch die Reform nicht angetastet werden.

Es ist davon auszugehen, dass im Laufe des Jahres 2003 die Gründung der UEK vollzogen werden kann, was hoffentlich dann auch als Abfallprodukt zur Folge haben wird, dass die finanziellen Belastungen durch die EKU für die Ev. Kirche im Rheinland in der neuen UEK wesentlich abgebaut werden können.

Am Rande sei allerdings vermerkt, dass der Widerstand gegen einen Reformprozess, der auf eine Stärkung der EKD abzielt, sich zu formieren beginnt. Offensichtlich fürchtet die VELKD um ihre Identität und meldet Bedenken an. Für Außenstehende erscheint diese Diskussion nur noch sehr schwer nachvollziehbar bis anachronistisch, wenn man bedenkt, dass wir uns in Deutschland Landeskirchen leisten, die kleiner sind als unsere Kreissynode. Dies mag eine liebenswerte und aus der Geschichte verständliche Erinnerung an die guten alten Zeiten sein, passt allerdings nicht mehr in die heutige Zeit, weil unangepasste Strukturen unangemessen viel Geld verschlingen, Doppelstrukturen die Arbeit behindern und deshalb nur noch ärgerlich sind in Zeiten, wo wir vor großen Herausforderungen stehen. Hoffentlich also gelingt – zumindest als erster Schritt – was man sich da vorgenommen hat.

2.2 Nicht nur im Bereich der EKU scheinen erste konkrete Ergebnisse einer Reformdiskussion greifbar nahe, auch die Landeskirche steht vor weitreichenden Entscheidungen. Schon 1994 gab es erste heftige, hektische Bemühungen, die gar in einer Sondersynode mündeten und doch in weiten Teilen versandet sind. Die Finanzen spielten damals nicht mit, sie rutschten nicht so weit ab, wie man befürchtet hatte, und damit war dem Prozess der Elan genommen.

Hinzu kommt, dass wir uns – und ich denke zu Recht – in der Kirche sehr schwer tun, Prioritäten unseres Handelns verbindlich zu definieren, weil das Spektrum sehr weit, regionale Unterschiede sehr groß und Möglichkeiten vor Ort sehr verschieden sind. Deshalb sind auch, soweit ich sehen kann, Strukturkommissionen oder Prioritäten-Ausschüsse, die fast flächendeckend in den Kirchenkreisen eingesetzt wurden, in der überwiegenden Zahl der Fälle nicht zu befriedigenden Ergebnissen gekommen.

Das ist bei uns bisher nicht anders gewesen. Für eine entsprechende Beurteilung greifen ökonomische Sachverhalte allein zu kurz, theologisches Argumentieren kommt über Grundlegungen oft nicht hinaus, weil sich Seelsorge und Leibsorge nicht auseinander dividieren lassen, so dass nur bleibt, in einem mühseligen Konsensverfahren und im Blick auf die vorfindliche Infrastruktur pragmatische Lösungen zu finden, die nicht den Anspruch erheben, über wichtiger und weniger wichtig entscheiden zu wollen, sondern allein darüber befinden, was noch möglich und was nicht mehr möglich sein wird.

Die Landeskirche macht nun ernst. Ihr fehlen im Soll des jetzigen Haushalts über 6 Millionen Euro, und zwar strukturbedingt und nicht vorübergehend. Das Kleid der rheinischen Kirche passt nicht mehr. Es ist zu groß geworden. Als Formel zur Problemlösung wurde ausgegeben: Konzentration der Standorte bei Beibehaltung der Arbeitsgebiete.

Untersuchungen über Auslastung und Wirtschaftlichkeit einer jeden Einrichtung wurde angestellt und gefragt, welche Arbeit an welchem Standort mit anderen Arbeitszweigen zusammengelegt werden könnte. Das Ergebnis liegt zur Zeit in mehreren Varianten vor, die die Kirchenleitung noch bündeln will, um der nächsten Landessynode im Januar 2003 einen Vorschlag zu präsentieren. Im Moment scheint es in die folgende Richtung zu gehen:

1. Konstante in allen Varianten und Überlegungen ist die Schließung des Predigerseminars in Bad Kreuznach. Die Immobilie soll veräußert werden. Die Landeskirche scheint willens, sich aus dem Südrhein fast völlig zu verabschieden, sieht man einmal vom Paul-Schneider-Gymnasium in Meisenheim ab. Der theologische Nachwuchs würde um die Chance gebracht, den südlichen Bereich unserer Landeskirche überhaupt wahrzunehmen. Wir würden noch weiter aus dem Bewusstsein, zu dieser Landeskirche dazu zu gehören, verschwinden. Doch auch, wenn m. E. die Argumente für eine Beibehaltung des Standortes Bad Kreuznach durchschlagend erscheinen, stehen die Chancen zum Erhalt des Predigerseminars in Bad Kreuznach nicht gut.
2. Die Evangelische Akademie, die seit Jahren in einem wunderschönen Gelände in Mülheim an der Ruhr residiert, soll verlegt werden. Die Gebäude haben einen hohen Erneuerungsbedarf und außerdem ist die Bewirtschaftung unverhältnismäßig kostenintensiv im Vergleich zu anderen Häusern. Deshalb ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass zukünftig die Akademie-Arbeit von einem andern Standort aus geleistet wird.
3. Die wichtigste offene Frage zur Zeit ist, was mit der kirchlichen Hochschule in Wuppertal geschehen soll. Es wird gefragt, ob angesichts zurückgehender Studierenden-Zahlen eine einzelne Landeskirche eine solche Einrichtung braucht oder ob das nicht vielmehr eine Aufgabe der Gesamtkirche, also der EKD, ist.
Umgekehrt erscheint eine stärkere Zuordnung der ersten und zweiten Ausbildungsphase durchaus reizvoll. Dies könnte am Standort Wuppertal umgesetzt werden.

Wie auch immer die Landessynode im Januar entscheiden wird, bemerkenswert ist, dass in relativ kurzer Zeit konkrete Vorschläge auf den

Tisch gelegt wurden, um zu notwendigen Einsparungen zu kommen. Und die Einsicht, dass diesmal nicht nach dem St.-Florians-Prinzip verfahren werden kann, scheint groß und für Entscheidungen günstig. Wir werden uns zu konzentrieren, die Kräfte zu bündeln und dabei darauf Acht haben müssen, dass wir nicht nur reduzieren und konzentrieren, sondern offen bleiben für neue Entwicklungen.

2.3 In den Zusammenhang der Strukturüberlegungen auf der landeskirchlichen Ebene gehört auch die Neuordnung der rheinischen Publizistik bzw. Öffentlichkeitsarbeit. DER WEG - und mithin die Regionalausgabe „Glaube und Heimat“ - steht vor dem Aus. Die Abonnentenzahlen sind drastisch zurückgegangen. Die verkaufte Auflage schrammt die 30.000-er Grenze; vor zwei Jahren waren es noch 40.000 Exemplare. Damit ist - unabhängig vom Einsparungsdruck der Landeskirche - die Frage nach dem Fortbestand eines evangelischen Wochenblattes für das Rheinland gestellt.

Die Landeskirche möchte die Öffentlichkeitsarbeit, die zur Zeit in unterschiedlichen Einrichtungen mit unterschiedlicher Rechtskonstruktion wahrgenommen wird, zu einem Medienverband zusammenführen und diesen als gGmbH organisieren, um Publizistik aus einer Hand für die rheinische Kirche ermöglichen zu können. Im Printbereich sollen an die Stelle von DER WEG sogenannte Newsletter für Mitarbeitende – und zwar ehrenamtliche wie hauptamtliche – treten, nach dem Muster von „Kontrovers“, das jetzt schon einmal monatlich dem WEG beigelegt wird, so dass eine interne Kommunikation zwischen Menschen, die am kirchlichen Leben interessiert sind, auch weiterhin gewährleistet wäre.

Darüber hinaus aber sollen die Regionen vor Ort verstärkt in eigener Regie tätig werden. Und hier beginnt das Problem für uns. Wir haben weder die finanziellen noch die fachlichen Ressourcen, um über das, was durch Frau Stiehl in einer halben Sonderdienststelle wahrgenommen wird, hinaus tätig zu werden.

Es ist zu fragen, ob wir nicht gemeinsam mit dem Saarland für den gesamten Südbereich eine Alternative zum jetzigen WEG aufzubauen versuchen. Die Landeskirche wäre bereit, ein solches Projekt – allerdings mit weitaus geringeren Zuwendungen als bisher – zu stützen. Ich fände gut, wenn wir als Kirchenkreis An Nahe und Glan unser Interesse an einem solchen Projekt bekunden würden, zumal wir mit Frau Unger, die einmal monatlich das sogenannte „Glaube und Heimat extra“ mit 4 Seiten produziert, in dem insbesondere Nachrichten aus unserem Bereich verarbeitet werden, über eine hervorragende Redakteurin verfügen.

Die saarländischen Kirchenkreise beteiligen sich zur Zeit mit zusammen 20.000,00 € an ihrer Ausgabe des WEG, genannt „Sonntagsgruß“. Eine ähnliche Zuschussgröße für unseren Bereich könnte noch über Jahre hinweg aus einer Rücklage, die für „Glaube und Heimat“ existiert, bestritten werden, so dass uns ein solches Modell keine finanziellen Lasten aufbürden würde. Ich würde es begrüßen, wenn es zu einer Kooperation im angedeuteten Sinne kommen würde.

2.4 Über das, was in diesem Jahr auf Kirchenkreisebene in Sachen Strukturanpassungen gearbeitet worden ist, wird Sie im Anschluss an meinen Bericht Frau Decker-Huppert informieren.

3.

Ich komme nun zu einigen Steiflichtern direkt aus dem Kirchenkreis:

3.1 Im Herbst 2001 konnten wir nach langen Vorarbeiten endlich den Armutsbericht für die Region vorlegen. Dieser Armutsbericht hat Grundsatzfragen zu klären versucht, hat den Armutsbegriff problematisiert und für einen sensibleren Umgang mit dem Thema Armut geworben. Zur Erleichterung der Arbeit mit dem vorgelegten Material hatten wir uns schon damals vorgenommen, eine Arbeitshilfe zu erstellen, die Anregungen und Hilfestellungen für die Gemeindegarbeit vor Ort geben sollte. Die ist inzwischen fertig gestellt und in einem Workshop nicht nur vorgestellt, sondern gleich auf ihre praktische Verwendungsmöglichkeit hin ausprobiert worden. Die Resonanz der Beteiligten war äußerst positiv. Es ist zu wünschen, dass – auch wenn die Beteiligung am Workshop trotz flächendeckender Einladungen äußerst bescheiden ausgefallen ist – nunmehr von dieser Arbeitshilfe reger Gebrauch gemacht werden wird. Denn die Armutsproblematik drückt nach wie vor schwer. Aufklärung tut Not, damit Vorurteile und Ressentiments aufgebrochen werden können. Nur so wird es zu den notwendigen Veränderungen kommen. Zu danken ist denen aus Frauenfachausschuss, Erwachsenenbildungs-Ausschuss und Diakonie-Ausschuss, die das Zustandekommen dieser Arbeitshilfe möglich gemacht haben.

3.2 Mit großer Freude erwähne ich an dieser Stelle, dass „unsere Arbeit“ gleich mehrfach öffentliche Anerkennung gefunden hat.

So wurde schon im April der Vorsitzenden des Fachausschusses Rwanda, Frau Margot Holbach, für ihr persönliches Engagement, aber ausdrücklich auch für die Arbeit, die in unserem Kirchenkreis in der Partnerschaft mit Rwanda geleistet wird, gedankt und ihr die Verdienstmedaille des Landes Rheinland-Pfalz vom Ministerpräsidenten in einem Festakt überreicht. Diese Anerkennung ist Bestäti-

gung und Ermutigung unseres Engagements und wird hoffentlich dazu beitragen, dass wir in unseren Bemühungen auch in der Zukunft nicht nachlassen. Deshalb appelliere ich noch einmal an Synode und Gemeinden: Bitte arbeiten Sie mit, damit diese Partnerschaft lebendig bleibt. Sie bietet die große Chance, dass das, was im Weltmaßstab oft so weit weg erscheint und deshalb hilflos macht, hautnah und im direkten Gegenüber erfahrbar wird. Sämtliche Aspekte von Entwicklung, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung sowie Globalisierung und ihre Folgen kommen hier wie in einem Brennglas zusammen. Die Beteiligung aus den Gemeinden lässt nach wie vor zu wünschen übrig. Bitte beraten Sie in Ihren Presbyterien, wie Sie sich beteiligen und einbringen können.

Gleich zwei Initiativen aus unserem Kirchenkreis gehörten zu den Preisträgern des vom Ministerpräsidenten Kurt Beck ausgelobten Generationenpreises.

In der Kirchengemeinde Bretzenheim bietet Pfarrer Wolfgang Lermen Internet-Kurse von 10 – 100 an. Jugendliche unterrichten die Älteren und die Älteren ermöglichen den Jugendlichen neue Erfahrungen beim Umgang mit diesem Medium. Und quasi nebenbei fließen auf diese Weise der Jugendarbeit der Gemeinde die nötigen Mittel zu. Die Internetarbeit in Bretzenheim ist Teil der Gemeindegemeinschaft und führt zu Vernetzungen und neuen Formen von Teilhabe. Das macht die Arbeit so interessant.

Außerdem wurde der Ev. Kindergarten Bingerbrück erneut ausgezeichnet, in diesem Fall für seine Generationen übergreifende Arbeit mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Martin-Luther-Stiftes. Es gibt regelmäßige Kontakte zwischen Jung und Alt, die für beide Seiten gleichermaßen wichtig sind.

Zuvor schon war der Kindergarten im Zusammenhang mit der Anerkennung des Mittelrheins als Weltkulturerbe geehrt worden, weil er

den Rhein als besonderes Lebensumfeld der Kinder thematisch vielfältig und kontinuierlich in die pädagogische Arbeit einbezieht.

Herzlichen Glückwunsch auch hier.

Wir freuen uns mit denen, die ausgezeichnet wurden, danken ihnen für ihr Engagement und nehmen dies als sichtbaren Ausdruck für die Qualität und die Vielfalt der Arbeit, die in unseren Gemeinden geleistet wird. Schön, wenn dies auch von öffentlicher Seite wahrgenommen wird.

3.3 Auf ein kleines Jubiläum will ich wenigstens kurz hinweisen. Das Pfarramt für Ausländerarbeit besteht in diesem Jahr 10 Jahre. Es ist in diesen Jahren zu einer Institution geworden. Geschätzt von den Hilfesuchenden, anerkannt von den Fachleuten, in Anspruch genommen von vielen vor Ort, die mit Flüchtlingen und Ausländern zu tun haben und geachtet von der Politik, ist das Ausländerpfarramt Anwalt der Menschlichkeit und im Besonderen: Es ist Pfarramt, denn der Flüchtlingsproblematik – so wie wir sie verstehen – lässt sich nicht nur unter sozialarbeiterischen Gesichtspunkten begegnen. Sie hat eine theologische Dimension. Sie zeigt uns den Menschen, der ebenso Geschöpf Gottes ist wie ich; verweist uns auf die besondere Liebe Gottes zu den Schwachen und Bedürftigen, zu denen insbesondere auch die Fremden unter uns gehören. Dem stellen wir uns in Seelsorge, Beratung, Gottesdienst und politischer Beteiligung. Der viel beschworene Dialog der Religionen, der Dialog der Kulturen findet hier wie selbstverständlich statt. All dies macht die Arbeit so wichtig. Sie ist gerade auch, wenn sie zuweilen in Widerspruch gegenüber staatlichen Vorgaben geschehen muss, ein wichtiges Aushängeschild kirchlicher Arbeit in unserer Gesellschaft geworden, die große Anerkennung findet.

3.4 Ein herausragender Tag für unsere Region war der 20. September. Die Synagoge der jüdischen Kultusgemeinde in Bad Kreuznach wurde eingeweiht. Nach 64 Jahren hat die Gemeinde wieder eine Heimat und einen Mittelpunkt ihres religiösen Lebens. Die Teilnahme – gerade auch aus unseren Gemeinden – war groß. Ich bin froh und auch stolz, dass wir als evangelische Gemeinden unseren Beitrag geleistet haben, dass diese Synagoge nunmehr eingeweiht werden konnte. Wir hoffen auf ein gutes Miteinander. Wir werden an unsere Wurzeln erinnert und auch daran, was wir schuldig geblieben sind, dürfen aber zugleich auf neue Anfänge und ein neues Miteinander hoffen. Dass die Situation nach wie vor weit von jeder Normalität entfernt ist, zeigen allerdings hohe Zäune, Kamera-Überwachung und Polizeipräsenz. Solange dies noch nötig ist, kann es für uns als Christen keinen Schlussstrich geben. Um so mehr schätzen und würdigen wir die Offenheit und die Freundlichkeit, die uns entgegen gebracht wird.

4.

Einen kurzen Blick möchte ich richten auf das, was uns im kommenden Jahr beschäftigen wird.

4.1 2003 soll ein „Jahr mit der Bibel“ werden. Man möchte bundesweit die Bibel ins Gespräch bringen und zur Beschäftigung mit ihr anregen. Wir müssen überlegen, wo wir und wie wir uns einbringen können. In der Stadt Bad Kreuznach soll u. a. ein sogenanntes „City-Evangelium“ kostenlos abgegeben werden. 5.000 Exemplare sind bereits geordert und sollen über die Gemeinden bzw. Organisationen verteilt werden. Natürlich muss es jeder einzelnen Kirchengemeinde überlassen bleiben, wie sie sich und ob sie sich beteiligt. Dennoch

wird unsere Öffentlichkeitsreferentin versuchen, Aktivitäten zu koordinieren. Dabei ist sie auf Ihre Mithilfe angewiesen. Wir sollten jedenfalls die Chance nutzen, die das „Jahr mit der Bibel“ bedeuten kann, um auf vielfältige Weise auf die Grundurkunde unseres Glaubens zu verweisen und sie selbst immer wieder neu zu entdecken.

4.2 Genauso wie das „Jahr mit der Bibel“, firmiert auch der nächste Kirchentag unter dem Beiwort „ökumenisch“. Was beim „Jahr mit der Bibel“ schon eine lange und gute Tradition bedeutet, ist für die Kirchentagsbewegung Neuland. Dass es zum ersten Mal in Berlin einen ökumenischen Kirchentag geben wird, ist an sich und für sich schon ein Erfolg. Der wird begleitet von Erwartungen und Befürchtungen. Nur im gegenseitigen Respekt vor den Überzeugungen des jeweils Anderen wird der Kirchentag zu neuen Aufbrüchen, die wir uns alle wünschen, führen können. Das heißt aber für mich sehr wohl, dass wir nicht hinter Positionen zurückbleiben, die wir seit Jahren vertreten. So muss es dabei bleiben, dass wir Christinnen und Christen aller Konfessionen einladen an den Tisch des Herrn, weil wir der Überzeugung sind, dass Gastgeber des Mahls Jesus selbst ist und nicht die eine oder andere Kirche. Allerdings werden wir zu respektieren haben, dass die katholischen Partner eine gemeinsame Feier des Heiligen Abendmahls ausschließen. Und deshalb halte ich Aktionen, die dennoch die gemeinsame Feier des Abendmahls puschen wollen, für insgesamt kontraproduktiv. Ich hoffe, dass der ökumenische Kirchentag zu einem Erfolg wird und keine einmalige Aktion bleibt, sondern ein großer Schritt ist auf mehr Gemeinsamkeit zwischen unseren Kirchen. Es wäre schön, wenn sich möglichst viele auf den Weg nach Berlin machen würden und sie Unterstützung durch ihre Heimatgemeinde erfahren könnten.

4.3 Bescheidener und hoffentlich weniger problematisch nimmt sich das Vorhaben aus, das die Beauftragten für den Kindergottesdienst für das kommende Jahr planen. Es soll wieder ein Kinderkirchentag stattfinden, und zwar an Pfingsten in Hargesheim. Die Kinderkirchentage sind eine gute Möglichkeit, Gemeinschaft zu stärken und Verbundenheit auszudrücken. Es ist zu hoffen, dass sich viele Kindergottesdienste beteiligen und sich an Pfingsten nach Hargesheim aufmachen.

4.4 Schließlich sei unter den Vorhaben für das kommende Jahr auch genannt, dass die Landessynode ein Proponendum zu Mission und Evangelisation unter dem Titel „Auf Sendung“ auf den Weg gebracht hat. Nach den Gepflogenheiten bzw. Richtlinien unserer Kirche soll jede Gemeinde (bis zum 30. November 2003) ein Votum zu dieser Thematik abgeben. Eine Arbeitshilfe für die Beschäftigung mit dem Thema liegt vor. Überlegungen, wie initiiierend bzw. koordinierend auf der kreiskirchlichen Ebene verfahren werden könnte, müssen noch angestellt werden.

Nicht nur, weil der Kreissynodalvorstand beabsichtigt, die Diskussion um eine Strukturreform im Kirchenkreis unter Einbeziehung der Kirchengemeinden fortzuführen und dies auf der Frühjahrssynode ausdrücklich zu thematisieren, habe ich den Eindruck, dass wir in der Flut wichtiger Themen mehr und mehr ersticken. Was da in letzter Zeit an Broschüren und Arbeitsvorhaben von der Landeskirche an uns weitergegeben worden ist, ist nicht mehr zu bewältigen. Und dennoch – das sei zugestanden – hat jedes Thema seine Wichtigkeit. Da kann man immer wieder leicht ein schlechtes Gewissen bekommen, wenn man sich außerstande sieht, auch noch diese oder jene Initiative aufzunehmen zu sollen. Wir müssen zu Beschränkungen kommen und das nicht erst bei den ‚Endverbrauchern‘, sondern

schon bei denen, die auf der landeskirchlichen Ebene solche Initiativen anzetteln.

Das heißt allerdings nicht, dass wir dem Thema „Mission und Evangelisation“ ausweichen sollten oder ausweichen könnten. Das muss ganz oben auf unserer Tagesordnung stehen. Und deshalb bitte ich, dass Sie sich vor Ort damit beschäftigen und wir einen Modus finden, wie wir die Ergebnisse kommunizieren können.

5.

Ich bin mir nicht sicher, was ich davon halten soll, oder ob ich es ernst nehmen soll: Ein liturgischer Knigge ist erschienen, herausgegeben von EKU und VELKD. Was soll das? habe ich mich gefragt. Doch dann kam mir in den Sinn - und ich sage dies als Reformierter, der zu Formen und Riten noch ein viel gespalteneres Verhältnis als manch anderer hat – dass uns zuweilen – so empfinde ich es – die Formen abhanden gekommen sind, mit manchen Situationen und Orten angemessen umzugehen, wobei Formen nicht mit Steifheit oder Sterilität zu verwechseln sind. Aber Beliebigkeit und Nachlässigkeit der Formen führen leicht zu einer Diffusion, so dass die Formen die Inhalte nicht mehr transportieren können und Gegenbotschaften senden. Wenn der liturgische Knigge hier Hilfestellung böte, wäre er mir herzlich willkommen. Geboten wird dagegen manch Banales: Stöckelschuhe und Körperschweiß, Jeans und Jesuslat-schen; was ich tun darf und was ich nicht tun soll.

Was für den einen Selbstverständlichkeit ist, bedeutet für den andern Ärgernis. Als ob nicht ein jeder / eine jede von uns wüsste, wie man sich angemessen zu verhalten hat...

Aber wenn schon ein Knigge, dann bitte auch dies: Ich höre und habe es in mehreren Fällen nunmehr auch erleben müssen, dass da und dort, und offenbar nicht nur als absolute Ausnahme, auf Retortenpredigten zurück-

gegriffen wird. Für mich ein unglaublicher Vorgang, weil er m. E. das, was Verkündigung sein soll, völlig auf den Kopf stellt.

Wohl bemerkt, auch ich bediene mich der entsprechenden Literatur, benutze Predigtstudien und Meditationshilfen, klaue hier ein Zitat und dort einen Gedanken und halte dieses für durchaus legitim. Aber am Ende muss doch immer stehen, dass das, was ich sage, durch mich hindurch gegangen ist und ein Teil von mir geworden ist; so stammelnd, so vorläufig es auch sein mag. Sonst könnte man ja auch ein Tonband hinstellen und sicherlich in sauberer, hochwertiger Tonqualität eine Predigt des Herrn Präses zu Gehör bringen. Aber Verkündigung ist eben nicht Retorte, sondern ist ein persönliches Geschehen zwischen Predigern und Hörern und beider zu Gott hin. Deshalb halte ich dies für einen unerträglichen Vorgang und ein absolutes Armutszeugnis und darum für eine Gefahr für unsere gesamte Verkündigung.

Ich frage mich, was sind die Gründe: Ist es Unsicherheit? Ist es mangelnde Überzeugung? Ist es die Unfähigkeit, einem biblischen Text angemessen zu begegnen in wissenschaftlicher Arbeit und persönlicher Auseinandersetzung? Ist es Zeitmangel oder falsches Zeitmanagement, dass für die Predigt nicht mehr die nötige Zeit eingesetzt wird? Oder wird der Predigt nicht mehr der Stellenwert eingeräumt, dass man sich müht?

Ich sehe sehr wohl die Gefahr, dass ich über die Ausnahmen rede und die Regel vergesse. Gott sei Dank ist es so, dass sich die Allermeisten redlich um eine angemessene Verkündigung mühen. Pauschale Verdächtigungen müssen wir zurückweisen. Die allermeisten Predigten sind besser als ihr Ruf. Manche Zeitgenossen pflegen ihre Vorurteile statt hinzuhören.

Nur, das möchte ich festhalten: Weil wir hier ein sehr sensibles Gebiet betreten, gilt es, den Anfängen zu wehren und nach den Ursachen zu fragen. Wenn eine Predigt beliebig reproduzierbar wird, ist sie nicht Pre-

digt. Wenn eine Predigt beliebig wiederverwertbar ist, ist sie nicht Predigt, sondern bestenfalls Rede, an der ich mich erfreuen kann, wenn sie gelungen ist oder über die ich mich ärgere, wenn sie all zu platt daher kommt. Predigt wird meine Rede erst dadurch, dass ich Sprachrohr Gottes in einem bestimmten Augenblick aufgrund eines bestimmten Textabschnittes zu sein versuche und so Zeitzeuge bin für Gott und für den Hörer / die Hörerin. Und da kann ich mich nicht vertreten lassen. Da bin ich unabhkömmlich, auch wenn mein Stammeln vielleicht weniger brillant, vielleicht weniger geschliffen daher kommt. Lasst uns darüber reden, nicht auf der Ebene von Angeklagten oder Richtern, sondern auf der Ebene der gleichfalls Betroffenen. Denn ob Prediger oder Presbyter, vor dem Wort Gottes sind wir gemeinsam Hörer. Und deshalb bitte ich: Redet mit uns Predigerinnen und Predigern, kritisiert uns, lobt uns. Macht die Predigt zum Gespräch, macht sie wichtig, dann kann sie mit Hilfe des Heiligen Geistes lebendig sein und werden.

6.

Ich breche hier ab.

Manches muss unerwähnt bleiben, was sehr wohl berichtenswert wäre. Das liegt in der Natur eines solchen Berichts. Mir bleibt, Dank zu sagen denen, die mitgearbeitet haben in Gremien und Ausschüssen, im Kreis-synodalvorstand, in Gesprächen oder beim Gedankenaustausch.

Ich danke für Vertrauen, danke für Kritik, danke für ein gutes Wort, das trägt und Mut macht, bitte um Verständnis und Vergebung, wo ich gefehlt habe oder unaufmerksam gewesen bin. Versagen und Gelingen legen wir in Gottes Hände, auf dass Frieden einkehre in unsere Herzen.

Hartmut Eigemann

Anlage

Bericht des Schulreferenten zur Gründung einer freien christlichen
Schule in Bad Kreuznach